

Merkblatt

Bayerische Härtefallkommission:

Das Einbringen von Härtefällen über den Paritätischen Wohlfahrtsverband

Wer kommt für die HFK in Frage?

- Aufenthaltsdauer in Deutschland mind. 5 Jahre
- Bestehende Ausreisepflicht (rechtskräftige abgeschl. Asylverfahren, Klageverfahren etc.)
- Sicherung des Lebensunterhalts (auch: wie stark wird sich darum bemüht?)
- Geklärte Identität => Passpflicht! (spätestens im Laufe des Verfahrens muss ein Pass vorgelegt werden)
- Sehr gute Integration (Deutschkenntnisse, freiwilliges Engagement, Einbettung im Gemeinwesen, Unterstützer*innen)
- ggf. besondere Härte (Erkrankungen, Behinderungen, besondere Schicksale, Familienkonstellationen insb. Kinder)

Ausschlusskriterien

- Straffälligkeit (insb. Eigentumsdelikte, BTM, Körperverletzung, Sexualdelikte)
- Abschiebung wurde bereits eingeleitet
- Die fehlende konkrete Aussicht, den Lebensunterhalt zu sichern
- Identitätsverschleierung/-täuschung
- Nichterfüllung der Passpflicht (obwohl der Pass zumutbar zu bekommen ist)
- Entscheidung über den Fall liegt eigentlich im Zuständigkeitsbereich des BAMF
- Bedrohung der inneren Sicherheit
- Eine frühere Befassung der HFK

Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern der HFK

Potenzielle Fälle gerne telefonisch besprechen mit Jürgen Soyer (+49 89 98 29 57-0) oder Andreas Selig (+49 931 35 40 1-17))

- Oder per E-Mail an: Juergen.Soyer@refugio-muenchen.de
Andreas.Selig@paritaet-bayern.de

Das Verfahren

- Kontaktaufnahme mit Mitglied der HFK und Fallbesprechung
- ggf. Vorprüfung
- Nach Erhalt der Rückmeldung von der HFK-Geschäftsstelle zur Vorprüfung: Besprechung mit Kommissionsmitglied, ob Härtefalleingabe stattfinden kann

- ggf. Befassungsvorschlag einreichen (so erfolgt, entsteht eine aufschiebende Wirkung/Abschiebeschutz)
- Die Geschäftsstelle setzt den Fall auf die Tagesordnung einer HFK-Sitzung (monatliche Sitzungen)
- letzte Updates werden zusammengetragen und der Geschäftsstelle über das Kommissionsmitglied übermittelt
- Besprechung des Falls in der Kommission (nichtöffentliche Sitzung, Anhörung der Betroffenen finden nicht statt): Ablehnung oder Vertagung (gerade diese Zurückstellungen erfolgen in einem größeren Umfang, damit die entsprechenden Fälle noch über einen größeren Zeitraum beobachtet werden können; bspw. eine (erneute) Aufnahme einer Beschäftigung, die Suche nach einer Ausbildungsstelle, die gewünschte Berücksichtigung schulischer Leistungen von Kindern, das Absolvieren eines Sprachkurses oder einer Sprachstandseinstufung; Die „vertagten“ Fälle kommen dann in der Regel nach 6-12 Monaten erneut auf die Tagesordnung der HFK zur Abstimmung) oder positiver Beschluss, der die Vorlage beim Innenminister zur Folge hat
- Entscheidung des Innenministers
- bei positiver Entscheidung: Ausstellung der AE nach §23a durch zuständige ABH

Daten für die Vorprüfung

- Name, Geburtsdatum und Herkunftsland aller Personen, die in das Verfahren gehen sollen
- Einreisedatum
- Zuständige ABH
- Gültigkeit der Duldung/GÜB

Der Befassungsvorschlag: „Aus der Akte muss ein Gesicht herauschauen“

Ausführlich und umfassend sollten folgende Sachverhalte dargestellt werden:

- Schulbesuch der Kinder (ggf. Zeugnisse beifügen)
- Berufsausbildung der Kinder (Berufswunsch, absolvierte Praktika, Ausbildungsplatzangebot usw.)
- gemeinnützige Tätigkeiten im Rahmen der Sozialhilfe
- Erwerbstätigkeit(en) von ... bis ... (Verdienstnachweise, Arbeitsverträge u. ä. beifügen)
- Bewerbungen, Arbeits- und Ausbildungsplatzangebote und Ablehnungen von Arbeitserlaubnissen (vorhandene Nachweise beifügen)
- Mitgliedschaft in Vereinen
- ehrenamtliche Tätigkeiten
- Teilnahme an Deutschkursen, Eingliederungsmaßnahmen u. a. (vorhandene Nachweise beifügen)
- sonstige Aktivitäten und Integrationsbemühungen
- persönliche Situation (z. B. seelische und körperliche Erkrankungen, Notwendigkeit der Behandlung)

- familiäre Bindungen in Deutschland (nicht nur Kernfamilie, sondern auch erwachsene Kinder und sonstige Verwandte mit Aufenthaltsrecht)
- soziale Bindungen (Freundschaften, Nachbarschaft)
- Von ganz entscheidender Bedeutung ist es, die soziale, schulische und berufliche Integration der Person bzw. Familie (und ggf. einzelner Familienmitglieder) anschaulich darzustellen und zu beschreiben.

Achtung: Es hat keinen Sinn, die Fluchtgründe detailliert darzustellen und sich mit den früheren Entscheidungen und möglichen Kritikpunkten auseinander zu setzen, da die Härtefallkommission keine Überprüfungsinstanz für das Asylverfahren ist. Es ist dagegen erforderlich, den persönlichen Werdegang und die Situation der betreffenden Person bzw. Familie (und ggf. einzelner Familienmitglieder) und ihr besonderen individuellen Härtefallgründe zu veranschaulichen sowie insbesondere Belege für eine gelungene Integration vorzulegen und hervorzuheben.

Sonstige Hinweise:

- Sämtliche Formulare bitte im Word-Format einreichen
- Dateien bitte einzeln und sorgfältig beschriftet einreichen

Einverständniserklärung / Vollmachterklärung für die Härtefallkommission:

1. Wir erklären unser Einverständnis im Namen aller von der Eingabe umfassten Personen, dass die Geschäftsstelle der Härtefallkommission unsere personenbezogenen Daten verarbeitet und insbesondere an die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission weitergibt, sofern dies zur Bearbeitung der Eingabe an die Härtefallkommission erforderlich ist. Hierzu gehört auch die Weitergabe von Auszügen aus der Ausländerakte an die Kommissionsmitglieder.

2. Wir erklären ferner unser Einverständnis im Namen aller von der Eingabe umfassten Personen, dass die Härtefallkommission und ihre Geschäftsstelle Einsicht in unsere Akten nimmt.

3. Falls eine dritte Person zur Führung des Härtefallverfahren bevollmächtigt worden ist, erklären alle von der Eingabe betroffenen Personen, dass diese Person berechtigt ist, sich in ihrem Namen an die Härtefallkommission zu wenden und grundsätzlich den weiteren Kontakt und Schriftverkehr zu führen. Diese Vollmacht kann jederzeit widerrufen werden oder eine andere Person bevollmächtigt werden. Die Eingabe wird im Falle eines Widerrufs von der / den betroffenen Person / en selbst weitergeführt.

Ich/wir bevollmächtige(n) folgende Person:

.....

Name, Anschrift, Institution

.....

Datum, Name, Unterschrift der Betroffenen / des Betroffenen

(alle volljährigen Personen müssen unterschreiben)